



Alternative für Deutschland (AfD)
in Papenburg

Jens Schmitz

....

Stadt Papenburg
Herrn Bürgermeister
Jan-Peter Bechtluft
Hauptkanal rechts 68/69
26871 Papenburg

Ansprechpartner: Jens Schmitz
Position: Stadtratsmitglied, M.d.K
E-Mail: jens.schmitz.afd@gmail.com
Internet: <http://www.afd-emsland.de>

Datum: 23. April 2018

Dringlichkeitsanträge für die Ratssitzung am 24.04.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bechtluft,

als Ratsherr der Stadt Papenburg für die Alternative für Deutschland (AfD) beantrage ich, für die Ratssitzung am 24.04.2018 folgende Dringlichkeitsanträge als Tagesordnungspunkte aufzunehmen:

Anträge:

- 1. Beratung und Beschlussfassung über eine Veränderungssperre als Satzung für den Geltungsbereich „Mittelkanal Rechts 12, 26871 Papenburg“ mit baugestalterischen Festsetzungen gemäß § 14 (1) und § 16 BauGB**
- 2. Einladung durch die Verwaltung bzw. den Bürgermeister zu einem Bürgerdialog zum geplanten Fatih-Moscheebau in Papenburg**

Sachlage:

Zu Dringlichkeitsantrag 1:

Als Grund für den Neubau dieser Moschee wird die Notwendigkeit einer Renovierung genannt; an der Finanzierung ist der Ditib-Dachverband in Köln (NRW) maßgeblich beteiligt.

Nach den aktuellen Vorfällen in Ditib-Moscheen in Herford und Mönchengladbach, bei denen Kinder missbraucht wurden, nationalistische und militaristische Vorführungen zu zeigen, ist der Verfassungsschutz in NRW eingeschaltet worden.

Der Innenminister, Herbert Reul (CDU), sowie der Familienminister, Joachim Stamp (FDP), kritisieren dabei auf Schärfste solche gewaltverherrlichenden Szenen.

Am 16. April 2018 wurde um 11:11 Uhr zur Ratssitzung am 24.04.2018 eingeladen, unter Top 7 die Beantwortung von Anfragen und Anregungen aus der Sitzung vom 08.03.2018 gemäß Geschäftsordnung aufgeführt, und danach das Protokoll der letzten Sitzung veröffentlicht.

Aus diesem Protokoll ergibt sich, dass der „notwendige Bauantrag“ für den Bau dieser Ditib-Moschee bereits gestellt worden ist, und „Seitens der Genehmigungsbehörde ... eine Öffentlichkeitsbeteiligung im Bauantragsverfahren nicht vorgesehen“ ist.

Die Dringlichkeit dieses Antrages ergibt sich aus 3 Gründen:

1. Aus aktuellem Anlass des Ditib-Skandals in NRW (Verfassungsschutz)
2. Die Beantwortung der Anfragen erfolgte erst nach Beendigung der Antragsfrist zur Ratssitzung – eine Änderung der GO scheint erforderlich.
3. Die Genehmigung dieses Bauvorhabens könnte bis zur nächsten Ratssitzung am 21.06.2018 bereits erteilt worden sein.

Daher ergibt sich die Notwendigkeit einer sofortigen Veränderungssperre, mit dem Ziel einer Aussetzung des Baugenehmigungsverfahrens bzw. einer Erteilung der Baugenehmigung.

Die Entscheidung des Stadtparlaments in Laubach belegt, dass man innerhalb der Fraktionen auch miteinander über den Einfluss türkischer Politik reden kann.

Bei einer Sitzung der Deutschen Islamkonferenz im März 2017 forderte der ehemalige Innenminister, de Maiziere, den größten deutschen Moschee-Verband Ditib zu mehr Transparenz auf – genau diese Transparenz sind wir den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt schuldig!

Wir sollten als Stadtrat nicht den Eindruck in der Bevölkerung erwecken, dass hinter verschlossenen Türen gekungelt wird und die Bürger erst dann von der Antragstellung erfahren, wenn das Projekt bereits vor dem Abschluss steht oder bereits in der Umsetzung begriffen ist.

Beschluss:

Für den Geltungsbereich des entsprechenden Bebauungsplans für den „Mittelkanal rechts 12“ mit baugestalterischen Festsetzungen wird gemäß § 14 (1) und § 16 BauGB eine Veränderungssperre als Satzung beschlossen.

Zu Dringlichkeitsantrag 2:

Die Verwaltung der Stadt Papenburg bzw. der Bürgermeister wird beauftragt, zeitnah zu einem Bürgerdialog zum geplanten Fatih-Moscheebau in Papenburg einzuladen.

Ziel muss es dabei sein, die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt umfassend über den geplanten Neubau einer Fatih-Moschee am Mittelkanal in Papenburg zu informieren.

Die Kosten sind durch die Stadt Papenburg zu tragen und im Haushaltsplan zur sofortigen Verfügbarkeit auszuweisen.

Der neue Innenminister, Horst Seehofer (CSU), sagte zuletzt: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“. Auch Wolfgang Bosbach (CDU) schloss sich dieser Aussage an.

Die Alternative für Deutschland (AfD) stellt dazu in ihrem Bundeswahlprogramm klar: „Viele Muslime leben rechtstreu (und integriert) und sind geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft.“

Für ein friedliches Miteinander aller Religionen müssen vorab wichtige Fragen gestellt werden dürfen.

Bürgerdialoge als Mittel einer Klärung sind dabei nichts Ungewöhnliches, wie der Bürgerdialog der CDU Sulzbach zu einem umstrittenen Bau einer Salafisten-Moschee in den Gebäuden der alten Post in Sulzbach belegt.

Vielleicht bietet sich auch an, dass die katholische St. Antonius-Kirche in Papenburg ihre Räumlichkeiten der türkisch-islamischen Gemeinde und weiteren möglichen Religionsgemeinschaften zur Verfügung stellt, um ein Abhängigkeitsverhältnis von der Religionsbehörde Diyanet in Ankara zu verhindern.

Als gelungenes Beispiel dafür mag die Ibn-Rushd-Goethe-Moschee in Berlin-Moabit gelten, die für Sunniten, Schiiten und Anhänger anderer islamischer Glaubensrichtungen offensteht. Als Räumlichkeit hat diese Gemeinde einen Raum in der evangelischen Johanniskirche gemietet.

Ziel sollte es sein, dass ein Zusammenleben von Menschen islamischen Glaubens durch die Anerkennung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der Regeln der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen auch gewährleistet ist.

Es gilt zu klären, ob der Ditib-Moscheebau auch von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Papenburg befürwortet wird. Ein sich veränderndes Stadtbild muss ebenfalls diskutiert werden dürfen.

Andernfalls stellt sich berechtigt die Frage, wie die gegenseitige Toleranz zukünftig sicherzustellen ist.

Beschluss:

Einladung durch die Verwaltung bzw. den Bürgermeister zu einem Bürgerdialog zum geplanten Fatih-Moscheebau in Papenburg. Die Kosten sind durch die Stadt Papenburg zu tragen und im Haushaltsplan zur sofortigen Verfügbarkeit auszuweisen.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Jens Schmitz
Stadtratsmitglied
M.d. K.